

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Sebnitz, Marienau, den Wälschgrund, Ruchnappell und Trübsheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtagen, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abnahme 14,25 Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postämter, Briefträger und unsere Zeitungsdrucker entgegen. — Einzelnummer 25 Pf.



Anzeigenpreis: Die leihgehaltene Grundzeile wird mit 75 Pfg. für auswärtige Besteller mit 85 Pfg. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreizehnpaltige Zeile 1,75, für auswärtige 2,00 Mk. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Druckort: Lichtenstein. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortsgemeinden. Druck und Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pöcher in Lichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pöcher in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr. 124.

Montag, den 30. Mai 1921

71. Jahrgang.

Ausgabe der neuen Zuckerkarten

Dienstag, den 31. Mai 1921.

Nr. 1—500 vorm. 8—9 Uhr, Nr. 501—1000 vorm. 9—10 Uhr, Nr. 1001—1500 vorm. 10—11 Uhr, Nr. 1501—2000 vorm. 11—12 Uhr, 2001—2250 vorm. 12—12^{1/2} Uhr im Lebensmittellamt (Riemmenhaus) 2251—Ende nachm. 1,3—4 Uhr im Sparkassengebäude.

Die Ausgabe erfolgt nur gegen Vorlegung der Brotbescheinigung. Verlorene eingegangene Zuckerkarten können nicht ersetzt werden.

Die K-Karten für Kinder im 2. Lebensjahr werden nur gegen Vorlegung eines Altersnachweises (Familien-Nachbuch oder Impfschein) ausgegeben und zwar nur im Lebensmittellamt. Städt. Lebensmittellamt.

Kurze wichtige Nachrichten.

Wie der Reichsanwalt auf eine Anfrage des Reichstagspräsidenten mitgeteilt hat, wird die Erklärung der Reichsregierung über ihr Programm am zweiten Verhandlungstage des Reichstages, also am 1. Juni erfolgen.

Deute sollen die deutschen Sachverständigen ihre Vorklage über die Errichtung von 25 000 Häusern in Nordfrankreich Loudeur überreichen, der prüfen wird, inwieweit sie annehmbar sind.

Die Eisenbahntransporte der englischen, für Oberösterreich bestimmten Truppen haben begonnen und werden bis 1. Juni andauern.

Im Haushaltsauschuss des bairischen Landtages teilte Ministerpräsident Dr. v. Rahr mit, dass die mit der Reichsregierung eingeleiteten Verhandlungen über die Einführung des Ultimatums von London noch nicht zum Abschluss gebracht werden konnten. Deute will er dem Landtagsauschuss die angeforderten Mitteilungen machen.

Wie die „Welt am Montag“ von ausländischer Seite gehört hat, hat Dr. Walter Rathenau heute das ihm angebotene Wiederbesuchministerium angenommen.

In Braunschweig liegt bei den Stadtverordnetenwahlen die bürgerliche Parteien mit 35 000 gegen ca. 30 000 Stimmen.

Der englische Arbeitsminister gab im Unterhause bekannt, dass die Regierung mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage die Einführung des 8-Stundentages abgelehnt hat.

Reuter vernimmt von japanischer Seite, dass es in Shanghai zwischen amerikanischen und japanischen Seeleuten zu einem Zwischenfall gekommen ist, wobei zwei Amerikaner und ein Japaner getötet wurden. Sowohl von amerikanischer Seite wie von japanischer wird eine Untersuchung angefordert.

Deutsches Reich.

Dr. Wirths Reise durch Süddeutschland.

Berlin. Die Abicht des Reichsanwalters bei seiner Rundreise durch Süddeutschland ist es, mit den Regierungen der süddeutschen Staaten die wichtigsten inner- und außenpolitischen Fragen zu besprechen, die Meinung der Regierungen zu hören, und ein möglichst weitgehendes Einverständnis herbeizuführen. Es wird sich vor allem um die mit dem Ultimatum zusammenhängenden Fragen, insbesondere die Entwaffnungsfrage handeln.

Beziehung von Swinemünde?

Aus Paris wird gemeldet: Das französische Marineministerium studiert ein Projekt, das Englands selbstgenommes Recht bestreitet, die Diktatur zur See in der Ostsee sich anzumessen, indem es ein Geschwader nach der Insel Rügen und Stralsund oder nach Swinemünde entsendet. Die Gerüchte im Parlament belegen, die Befehung von Swinemünde würde eine ausgezeichnete Basis gegen das 70 Meilen entfernte Berlin abgeben, wenn Gewaltmaßnahmen notwendig sein sollten. Marineattachés legen bereits dar, England habe kein Recht, die Danziger Gewässer unter Aufsicht der anderen Alliierten zu befehlen.

Todesstrafe gegen einen Maroffaner.

Vor dem 1. Kriegsgericht der französischen Rheinarmee hatten sich zwei maroffanische Soldaten wegen des Bombenmordes am Himmelfahrtstag an Kaufmann Heinrich Burgmann aus Höchst zu verantworten. Außerdem war der Gastwirt Joseph Meier wegen Verabreichung von Spirituosen an die beiden Soldaten angeklagt. Das Gericht erkannte einstimmig bei dem ersten Maroffaner wegen vorläufig ausgeführten Mordes verbunden mit schwerem Diebstahl auf Todesstrafe, gegen den zweiten wegen Beihilfe auf lebenslängliche Zwangsarbeit und Deportation und Ausstoßung aus dem Heere. Der Wirt Meier wurde wegen Verabreichung von Spirituosen zu 3 Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Kaiser und Kriegsminister.

Ein Schreiben des Kaisers in der Schuldfrage aus Doorn vom 21. Mai erhielt Max Bower (Laubegast). Der

Dichter, selbst keiner politischen Partei angehörend, hielt in verschiedenen Städten Vorträge über die Frage: „Ist Deutschland schuldig?“ Nach der Waldecker Zeitung erklärte Bower, man könne sagen, dass wenn Wilhelm II. als Friedensstifter, wie er es allzeit hoffte und wünschte, vor dem Kriege gestorben wäre, so hätte ein deutscher Kaiser Wilhelm der Dritte diesen Krieg gegen Frankreich Revanchehag, Englands Handelsneid und das von Frankreich mit 24 Milliarden erkaufte Ruhand führen müssen. Die persönliche Anschuldung des Kaisers am Weltkriege werde eines Tages durch das Lügengewebe strahlen. Darauf landte der Kaiser dem Redner seine Bildnisstarke mit folgenden eigenhändigen Worten:

Doorn, 21. Mai 1921.

Mit herzlichem Dank für Ihre prachtvollen Worte! Die Wahrheit ist auf dem Marsche, die Sonne bringt es an den Tag!

Eine Rede Stresemanns.

Vor einer großen Versammlung der Deutschen Volkspartei in Bernburg hielt der Reichstagsabgeordnete Stresemann eine zweistündige Rede, in der er sich mit den wichtigsten inner- und außenpolitischen Fragen beschäftigte. Er führte aus, dass die Mitteilung einer Berliner Zeitung, dass er das Angebot der Regierung Fehrenbach an Harding gebilligt habe, falsch sei. Im auswärtigen Ausschuss sei ebenfalls keinem seiner Mitglieder etwas von dem Schritt bekannt geworden. Hätte man die Parteiführer gefragt, so würden sie wenigstens gegen die Form protestiert haben, in der Deutschlands Schicksal und Zukunft Herrn Harding zu Füßen gelegt worden sei. Stresemann bedauerte, dass man der Entente nicht entgegen gehalten habe, wie sehr diese Forderungen mit den Grundlagen des Versailler Friedensvertrages im Widerspruch stehen. Stresemann betrachtete dann die Frage der Teilnahme an der Regierung und betont weiter, dass die Entente größten Wert darauf gelegt habe, dass die Deutsche Volkspartei in die Regierung eintritt. Ein Entente-Diplomat habe gesagt, eine Unterschrift eines Kabinetts, in dem die Deutsche Volkspartei vertreten ist, hat immerhin 20 Prozent mehr Wert als die einer anderen Regierung. Die Unterschrift einer sozialdemokratischen Regierung aber ist international sehr wenig wert. Im Zentrum werde jetzt der Kampf ausgetragen werden müssen, ob es sich noch als bürgerliche Partei fühle oder ob es den Weg gehen wolle allein mit der Sozialdemokratie, vielleicht noch getragen von der Neutralität der Unabhängigen. Wenn jetzt Scheidemann sagt, dass Neuwahlen ausgeschlossen werden, so werde die Deutsche Volkspartei diese nicht fürchten. Sie werde diese Wahl führen nicht als Einzelpartei, sondern als Block aller der Parteien, die sich gegen eine Linksentwicklung in Deutschland stellen. Nach seiner Überzeugung würde das ein sehr großer Block des Bürgertums werden, zu dem auch viele Katholiken gehören werden, weil sie sich klar sind, dass der vom Zentrum eingeschlagene Weg nicht weiter begangen werden dürfe.

Ausland.

Salzburg für den Anschluss an Deutschland.

Salzburg. Die gestrige Abstimmung hat einen wichtigen Verlauf genommen. Seit sechs Uhr früh bis vier Uhr nachmittags wurden im ganzen Lande abgestimmt. Überall herrschte die größte Ruhe und musterhafteste Ordnung. Die auswärtigen Stimmberechtigten, insbesondere die aus Tirol und Bayern wurden an den Bahnhöfen mit Musik empfangen. Dabei kam es zu großen erhebenden Kundgebungen der Zusammengehörigen. Soweit bis jetzt Resultate vorliegen, haben in Salzburg selbst von 23 700 Stimmberechtigten 20 500 Personen ihr Stimmrecht ausgeübt. Davon haben 20 150 mit „Ja“ und 225 mit „Nein“ gestimmt. Im ganzen Lande gab es ca. 125 000 Abstimmungs-berechtigte, von denen rund 85 Prozent von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht haben. In einzelnen Gemeinden gab es nicht eine Stimme mit „Nein“. Ein Ausschuss aus Vertretern aller Parteien stellte die Abstimmungskommissionen. Trohdem die Abstimmung einen rein privaten Charakter hatte, hat sie doch ein imponantes Resultat zu Tage gefördert. Es haben heute weit mehr von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht als bei den Wahlen zum Nationalrat im Oktober des vorigen Jahres. Als gegen 7 Uhr die Wahlergebnisse bekannt gegeben wurden, kam es zu großen Freudenkundgebungen. Die Vertreter der politischen Parteien teilten die Resultate der Menge mit, welche sie mit ungeheurer Begeisterung und Abfingung

von nationalen Liedern, u. a. „Deutschland, Deutschland über alles“ aufnahm. In geschlossenen Jügen ging es dann durch die Stadt, wobei es noch verchiedentlich zu großen Kundgebungen für den Anschluss an Deutschland kam.

Neue Umsturz-bewegung in Petersburg.

Zürich. Wie die finnische Korrespondenz aus Reval meldet, bestätigt man den Ausbruch einer neuen Umsturz-bewegung in Sowjetrußland. In Petersburg und in Kronstadt haben Straßenkämpfe stattgefunden. Die Sowjetregierung hat über die nördlichen Gouvernements, einschließlich dem Distrikt von Petersburg, den Belagerungszustand verhängt. Lenin hat die sofortige Zufuhr großer Getreidemengen und Lebensmittel aus der Ukraine angeordnet, da die Unruhen unmittelbar auf die herrschende Brot- und Lebensmittelnot zurückgeführt werden. „Daily Mail“ und die „Morning Post“ melden aus Helsingfors: Nach übereinstimmenden Berichten aus Petersburg lind dort schwere Hungerrevolten ausgebrochen. Die Sowjetkommissare sind geflohen. Aus Moskau sind zwei bolschewistische Divisionen im Amarsich auf Petersburg. Die Eisenbahnlinie Petersburg-Moskau wurde von den Revolutionären gesperrt.

Die Finanzaktion für Oesterreich.

London. Der Bericht der finanziellen Kommission des Völkerbundes für Oesterreich stellt ein Programm vor, worin auch eine Umbildung der Münzen und die Errichtung einer Bank zur Ausgabe dieser neuen Münzen vorgesehen ist. Die betreffende Bank soll ein Kapital von 100 Millionen Franken haben, wovon die Hälfte im Auslande gezeichnet werden soll. Sie soll für 25 Jahre gesichert werden. Alle Immobilien im Privatbesitz in Oesterreich sollen mit einer gesetzlichen Hypothek zu 4 Prozent belastet werden.

Kriegsbeschuldigtenprozess Müller.

Dritter Tag.

Der Vormittag des dritten Verhandlungstages im Kriegsbeschuldigtenprozess gegen den Hauptmann a. D. Emil Müller brachte zunächst eine Reihe weiterer englischer Zeugenaussagen. Sie ergaben fast gar keine neuen Momente. Von mehreren Zeugen wurde wiederum behauptet, dass viele Todesfälle vorgekommen seien, dass Hauptmann Müller die Gefangenen geschlagen und wiederholt in die angetretenen Gefangenen hineingeritten sei. Der Fall, dass Gefangene an den Pfahl gebunden wurden, habe sich öfter wiederholt, ebenso, dass Krankmeldungen ignoriert wurden; ferner habe der Hauptmann Gefangene mehrere Stunden in der Sonne stillstehen lassen.

Der Angeklagte widerspricht diesen Aussagen und bleibt dabei, dass sich während seiner Anwesenheit im Lager nur ein Todesfall ereignet habe. Sein scharfes Auftreten sei notwendig gewesen, um einer drohenden Meuterei vorzubeugen.

Nach Vernehmung weiterer Zeugen erstatet der militärische Sachverständige General der Infanterie von Ruhl sein militärisches Gutachten und gibt zunächst ein Bild der Kriegslage. Was hier vorgebracht worden ist, haben unsere eigenen Leute an der Front viel schlimmer erlebt. Unsere kämpfende Truppe hatte schwer zu leiden unter dem Mangel. Auch die Engländer hatten keine besseren Zustände in dem Lager von Martell. Wenn irgendwo Versuche von Meuterei auftraten, mußte mit scharfsten Mitteln vorgegangen werden.

Der nächste militärische Sachverständige General von Franckh bemerkt: Bedauerlicherweise ist doch manches von der Anlage übrig geblieben, was vom militärischen Standpunkt aus verurteilt werden muß, selbst wenn man die damals so ins Gewicht fallenden außerordentlichen Gesamtverhältnisse reichlich in Rechnung stellt. Es kann nicht gebilligt werden, wenn Kranke zur Arbeit gezwungen werden wenn Gefangene an einen Pfahl gebunden werden, ebenso wenig, wenn Leute mit Stillstehen gegen die Sonne bestraft werden. Wenn man bedenkt, wie Hauptmann Müller aufopfernd für seine Gefangenen georgt hat, so daß ihm von seinen Vorgesetzten das höchste Lob zuteil geworden ist, wie seine eigenen Untergebenen ihm das beste Zeugnis ausstellen, so fehlt einem die Bräde zu dem sonstigen Verhalten des Hauptmanns. Er war jedenfalls von Pflichtgefühl so durchdrungen, daß er die Schwäche der Kriegsgefangenen oft für einen Mangel an gutem Willen gehalten hat. Deshalb sind vielleicht seine Maßnahmen scharf und scharf gewesen, er wollte seiner Pflicht genügen, und er hat die Mittel ge-

tt

1921

er Ausfuhr auch die
llsch ein dringendes
wirtschaft zu treiben,
alten und jede über-
Bestrebungen finden
glichkeit unserer Re-
il von den Gewinn-
ird. Daß durch die
der Einfuhr nicht
arten geschädigt wer-
blätig auflärend

ber Gupen-

des Votischasterrats
der deutschen Frie-
er deutsch-belgischen
loten der Friedens-
bruar 1921 und 23.
Gründe auseinan-
deutschen Regierung
dieser Kommission
hen. Die Entschlei-
sion, nach der die
g der Monatschau
der Votischasterrat
enden Bedingungen
ereffen der Bewoh-
Genüge geschehen
Verfahren könne
ngewendet werden.
atsangehörigkeit der
er Grenzkommission
abgetretene Gebiet
stischland abgetre-
lich größeren Um-
ie, die Deutschland
deutschen Regierung
der gesamte Nord-
00 Einwohnern zu
terrat erachtet da-
e diese Entschlei-
ächte bindend sind.
gegebene Note bil-
er Noten und eine
s erbracht worden
iller Vertrag ver-
te, indem sie an-
Monatschau mit sei-
llte, obgleich Bel-
und Malmedy hat,
überhaupt nicht er-
auf die praktische
n ins Auge gefas-
res Durcheinander
Breite vorfab. Auf
schäftlicher Beweise
n der vorliegenden
gegangen, wie auf
den Vorschlag, die
eiden zu lassen.

ziehungen.

en:
waleht“ veröffent-
en einen Aufsatz,
ziehungen zwischen
Fall alle Groß-
Deutschland aber
att stellt fest, daß
gewisse Vorbedin-
land die Anerken-
vertrag in Zusam-
ausgesprochen, daß
rar-Geiche Anlah
wohl im deutschen
gegenüber wieder
in den baltischen
und Angehörige
r Nationalität.
deutschen Regierung
ands sei ein Miß-
Regierung gegen-

ie Nachricht, daß
interessierte. Zahl
gegenwärtig ein
Reval aufhalte
ischen Station an
en seien aussichts-

isamis.
ung der Zwangs-
haltung des Lan-
offertigen. In-
die ihm ange-
Zeit aufgelöst